



Problemkind Berliner Ausbildungsmarkt

Von Daniel Böldt und Lotte Buschenhagen

Der Berliner Ausbildungsmarkt bleibt ein Problemkind. Viele junge Menschen finden keinen Ausbildungsplatz, gleichzeitig bleiben Stellen unbesetzt. CDU und SPD wollen mit einem „Bündnis für Ausbildung“ gegenhalten. Erklärtes Ziel ist die Schaffung von 2000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen bis 2025. Ansonsten soll eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt werden, heißt es im Koalitionsvertrag. Nur: Welcher Referenzwert gilt für die 2000 Ausbildungsplätze eigentlich? Darüber ist man sich beim Senat offensichtlich noch nicht so ganz einig. Die Frage befindet derzeit „in der Abstimmung innerhalb des Senats sowie mit den Akteurinnen und Akteuren der Beruflichen Bildung im Rahmen der Task Force Ausbildung“, heißt es in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten **Klara Schedlich, Christoph Wapler** und **Tonka Wojahn**, die dem Checkpoint vorliegt.

Immerhin: Die Ausbildungsplätze einfach anzumelden, soll nicht ausreichen. „Der Senat von Berlin sieht es als erforderlich an, dass nicht nur 2000 zusätzliche Ausbildungsplätze in der Ausbildungsmarktstatistik gemeldet werden, sondern diese auch tatsächlich besetzt werden“, schreibt die SPD-geführte Senatsverwaltung. Die CDU sah die Umlage, trotz Koalitionsvertrag, zuletzt skeptisch.